

## Rundschreiben 01/2007

### ▪ **Solidarpakt zur Hochschulfinanzierung**

„Das Land gewährt den Hochschulen im Solidarpakt Planungssicherheit für einen Zeitraum bis 2014. Die Etatansätze von insgesamt mehr als 2,2 Mrd. Euro werden ungekürzt weitergeführt und die Personalmittel entsprechend den Tarifsteigerungen fortgeschrieben. Im Gegenzug verpflichten sich die Hochschulen unter anderem zu einer finanziellen Beteiligung am Ausbauprogramm „Hochschule 2012“. Aufgrund demographischer Entwicklungen und des doppelten Abiturjahrgangs im Jahr 2012 werden in den Spitzenjahren 16.000 neue Studienanfängerplätze benötigt. Das Land wird den finanziellen Bedarf dieses Ausbaus in Höhe von 300 Mio. Euro in den Spitzenjahren zur Hälfte tragen. Die Zuschüsse von maximal 150 Mio. Euro vom Land für das Ausbauprogramm erhalten die Hochschulen zusätzlich zu den Mitteln aus dem Solidarpakt. Die Hochschulen werden einen maßgeblichen Anteil an der anderen Hälfte tragen. Die Bundesmittel aus dem Ausbauprogramm „Hochschulpakt 2020“ mit dem Bund werden den Hochschulen zur Bewältigung ihres Eigenanteils zu Gute kommen.“

Im Solidarpakt wird nochmals festgehalten, dass die Hochschulen und Berufsakademien die Einnahmen aus Studiengebühren in Höhe von rund 180 Mio. Euro jährlich zusätzlich erhalten. Entsprechend wird die staatliche Finanzierung nicht herabgesetzt. Auch der Landesanteil an den Kosten für die Exzellenzinitiative wird den Hochschulen zusätzlich zur Verfügung stehen. Im Doppelhaushalt sind dafür bereits insgesamt 34 Mio. Euro veranschlagt.“

(PM des MWK vom 2.3.2007)

# *Die Unterfinanzierung wird festgeschrieben und durch die Eigenbeteiligung der Hochschulen am Hochschulausbauprogramm 2012 größer. Letztendlich werden die Studiengebühren die Lächer stopfen müssen.*

### ▪ **Ministerrat gibt Gesetz über Umsetzung der Föderalismusreform im Hochschulbereich frei**

Das Gesetz soll noch in diesem Jahr in Kraft treten. Im Moment befindet es sich in der Anhörungsphase. Der vhw wird eine Stellungnahme dazu abgeben. Inhalt des Gesetzes u.a.:

#### *Lehrprofessuren*

Als erstes Bundesland nutzt Baden-Württemberg die neu gewonnenen Freiheiten der Föderalismusreform. Künftig wird es an den Universitäten neben Forschungsprofessuren auch Lehrprofessuren geben. Für den wissenschaftlichen Nachwuchs wird *ein neuer Karriereweg* mit Schwerpunkt Lehre eröffnet. (Deputat max. 12 SWS).

# *Konsequenter Weise müsste dann das Lehrdeputat der Professoren an Fachhochschulen gekürzt werden.*

#### *Neue Strukturen innerhalb der Hochschule*

Mit dem Wegfall der bundesgesetzlichen Vorgaben können die Hochschulen künftig vom Prinzip der Gruppenhochschule abweichen. *Diese habe zu der bürokratischen Erstarrung der akademischen Selbstverwaltung wesentlich beigetragen.* (Minister Frankenberg).

#### *Tenure Track*

Für Juniorprofessoren und Dozenten an Universitäten wird mit dem so genannten „Tenure Track“ ein neuer Karriereweg innerhalb der Hochschule eröffnet. Künftig soll das Berufungsverfahren beispielsweise durch Verzicht auf eine gesonderte Ausschreibung vereinfacht werden können, wenn die Berufung auf eine Professur an der eigenen Hochschule vorgesehen sei.

# *Man darf gespannt sein, mit welchen „Argumenten“ das MWK sich künftig gegen Hausberufungen an Fachhochschulen von C2/W2 nach W3 sträubt.*

#### *Experimentierklausel zur Einführung von Fakultätsdeputaten*

Die Hochschulen können mit Zustimmung des Wissenschaftsministeriums für ihre Fakultäten Fakultätsdeputate festlegen. Das Fakultätsdeputat darf die Summe der individuellen Lehrverpflichtungen aller Lehrpersonen einer Fakultät nicht unterschreiten. Für die Verteilung des Fakultätsdeputats auf die einzelnen Lehrpersonen einer Fakultät ist der Vorstand im Benehmen mit dem Fakultätsvorstand zuständig. Die Festlegung von Fakultätsdeputaten ist auf drei Jahre begrenzt. Nach einer positiven Evaluation kann eine Verlängerung gewährt werden.

#### *Lehrdeputat - Studienabschlussarbeit*

Betreuungstätigkeiten für eine Studienabschlussarbeit bei hochschulischen, staatlichen und kirchlichen Prüfungen können durch den Dekan unter Berücksichtigung des notwendigen Aufwandes bis zu einem Umfang von zwei Lehrveranstaltungsstunden angerechnet werden, sofern das Lehrdeputat nach Studienplan und Prüfungsordnungen gewährleistet bleibt. Dabei kann der Betreuungsaufwand für die einzelne Studienabschlussarbeit in den Ingenieur- und Naturwissenschaften höchstens mit 0,6, im Übrigen höchstens mit 0,3 Lehrveranstaltungsstunden auf die Lehrverpflichtung angerechnet werden.

#### ▪ **Keine Erhöhung der Studiengebühren geplant**

Die Studiengebühren in Baden-Württemberg in Höhe von 500 Euro sollen langfristig stabil bleiben. "Es ist weder eine Erhöhung noch ein Bandbreitenmodell geplant", sagte Wissenschaftsminister Peter Frankenberg der Nachrichtenagentur AP in Stuttgart. 500 Euro sei die Größenordnung, die durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes als verfassungsrechtlich unbedenklich abgedeckt sei. "Aus Gründen der Rechtssicherheit haben wir entschieden, eine einheitliche Gebühr einzuführen", sagte der CDU-Politiker.

(Stuttgarter Nachrichten online, 4.4.2007)

#### ▪ **SPD - Anhörung zu Studiengebühren**

Die Landtagsfraktion der SPD hat Hochschul- und Studentenvertreter sowie Experten aus ganz Baden-Württemberg nach Stuttgart geladen, um erste Erkenntnisse zu den zum Sommersemester eingeführten 500 € Studiengebühren zu erhalten. Die Anhörung, an der auch der vhw-Landesvorsitzende Ronald Schaul teilnahm, ergab:

1. Nur ca. 65 Prozent der Studierenden bezahlen Studiengebühren, die übrigen sind befreit oder beurlaubt.

2. Nur ca. 55 bis 65 Prozent der Mittel fließen direkt zu Forschung und Lehre, der Rest wird verwendet, um Defizite aus der Unterfinanzierung der Hochschulen in den letzten Jahren zu beheben - wie z.B. Ausstattung der Bibliotheken und Rechenzentren.

3. Die Gebühren halten vom Studieren ab. Die Studierendenzahl an der Universität Tübingen sinkt beispielsweise voraussichtlich von 24000 auf 21000 Studierende.

4. Nur drei statt der im Vorfeld geschätzten 40 Prozent der Studierenden nehmen Studiendarlehen in Anspruch.

(Pforzheimer Zeitung, 2.3.2007)

#### ▪ **Ministerium musste Klägerdaten löschen**

„2500 Studenten haben in Baden-Württemberg gegen die Campusmaut geklagt, Minister Peter Frankenberg wollte von allen die Daten einsammeln lassen - rechtswidrig, so der Datenschutzbeauftragte des Landes. Einen Teil der Daten hat das Ministerium daher wieder gelöscht.“

(www.spiegel.de, 23.2.2007)

#### ▪ **Heftige Kritik am abgewählten Rektor der HS Reutlingen**

Die kommissarische Leitung der HS Reutlingen wirft dem nach einem Jahr abgewählten, externen Rektor Hiller schwere Versäumnisse bei der Umsetzung seiner Internationalisierungsstrategie vor. Die zuständigen Hochschulgremien waren bei der Entscheidungsfindung anscheinend nicht eingebunden worden. Jetzt soll Hiller Sonderbeauftrag-

ter für die neue Privathochschule Reutlingen-Tuttlingen werden.

(Badische Zeitung, 2.3.2007)

#### ▪ **Die Lehrdienst-Verweigerer**

„Sie halten öde Vorlesungen, quälen ihre Doktoranden und verausgaben sich bestenfalls im lukrativen Nebenjob. Ein Buch rechnet ab mit Deutschlands faulen Professoren.“

(Der Spiegel, 5.3.2007)

\* Uwe Kamenz, Martin Wehrle: "Professor Untat. Was faul ist hinter den Hochschulkulissen". Econ Verlag, Berlin.

# *Wieder einmal ein Schlag ins Gesicht für alle Kollegen, die ihren Beruf ernst nehmen und gewissenhaft ausüben.*

#### ▪ **Steinbeis-Hochschule übernimmt SIMT**

Die private Steinbeis-Hochschule in Berlin hat das Stuttgart Institut of Management and Technology als Alleingesellschafter übernommen. Das Land stellt 1,5 Millionen Euro bereit, um den Abschluss der derzeit 85 Studierenden zu sichern. Wie sich die Ausrichtung des SIMT ändert, ist bislang noch offen. Der neue Geschäftsführer und Präsident der Steinbeis-Hochschule, Professor Löhn, will ohne staatliche Zuschüsse auskommen. Grund für die Liquiditätsprobleme des SIMT sind die seit Jahren zu geringen Studentenzahlen. Das Land hat insgesamt 6,2 Mio. € in die private Hochschule gesteckt.

(Stuttgarter Zeitung, 7.3.2007)

#### ▪ **Steinbeis-Konzern steigert Umsatz**

Der Steinbeis-Konzern hat im Geschäftsjahr 2006 mit 109,6 Millionen Euro wesentlich mehr umgesetzt als im Vorjahr. 2005 waren es 88,8 Millionen Euro, teilte der Steinbeis-Konzern mit. Das Steinbeis-Dienstleistungsangebot umfasst Beratung, Forschung und Entwicklung, Aus- und Weiterbildung (Bachelor, Master und seit 2003 Promotion) und gutachterliche Tätigkeiten. Zur Zeit studieren mehr als 2.200 Studenten an der 1998 gegründeten privaten Hochschule. Die Steinbeis-Hochschule arbeitet wie alle Zentren des Steinbeis-Verbundes ohne staatliche Subventionen. (<http://www.baden-wuerttemberg.de>)

#### ▪ **Kooperation: HS Karlsruhe - CERN**

„Der baden-württembergische Wissenschaftsminister Frankenberg unterzeichnete Ende Februar in Genf ein Kooperationsabkommen mit CERN, der Europäischen Organisation für Kernforschung. Bis zu sieben Studierende der Hochschule Karlsruhe können jedes Jahr ein Semester am CERN absolvieren oder ihre Abschlussarbeit dort schreiben. Nach zwei Jahren soll das Modell auf alle Fachhochschulen Baden-Württembergs übertragen werden.“

(duz Nachrichten, 9.3.2007)

Hrsg., v.f.d.l.:	Verband Hochschule und Wissenschaft Baden-Württ., Landesvorstand.
GeschStelle:	Fon (07022)503-697, Fax 929-216, vhw-schilling@hfwu.de
Redaktion:	buechter@fh-biberach.de

**Einladung: vhw-Jahrestagung  
am 22.06.2007 in der Hochschule  
Weingarten**